

Die CSU-Fraktion beantragt, der Stadtrat von Altdorf möge die folgenden Punkte beschließen und als Appell verabschieden:

Erklärung des Altdorfer Stadtrates zur Flüchtlingspolitik

Bayern leistet viel für die sichere und menschliche Unterbringung von Flüchtlingen. Deutschland ist ein offenes Land, das im Hinblick auf die internationale Migrations- und Flüchtlingsbewegung internationale Maßstäbe setzt. Es ist ein Versäumnis der Europäischen Außenpolitik, dass es im Mittelmeer zum Ertrinken von Asylsuchenden kommt. Dagegen wenden wir uns in aller Deutlichkeit!

Wir appellieren deshalb an die Europäische Union und an die deutsche Außenpolitik:

1. Die Mitgliedstaaten der EU mögen sich auf ein rechtsstaatliches Verfahren unter den Maßgaben der Europäischen Werteordnung verständigen, wonach Asylsuchende ordentlich untergebracht und versorgt werden und zügig ein Asylverfahren durchlaufen können.
2. Das Asylverfahren soll in unmittelbarer Nähe der EU-Außengrenzen stattfinden. Die Abkommen von Schengen und Dublin sollen Berücksichtigung finden, sofern sich die EU nicht auf andere Maßgaben einigt.
3. Anerkannte Asylbewerber haben Flüchtlingsstatus und sollen über ausgewogene europäische Verteilmechanismen auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.
4. Sofern eine Seenotrettung im Mittelmeer erforderlich ist, soll diese staatlich organisiert werden, um die strikte Einhaltung internationalen Rechts zu gewährleisten. In Seenot geratene Asylsuchende sind in den nächsten sicheren Hafen zu verbringen.
5. Der Schleuserkriminalität ist entschieden entgegenzutreten. Eine Kooperation staatlicher Seenotrettung mit Schleusern muss ausgeschlossen werden.
6. Bei Nichtanerkennung des Flüchtlingsstatus sind zügige und sichere Rückführungen zu gewährleisten.
7. Die Europäische Außenpolitik muss sich stärker den Fluchtursachen und gesellschaftspolitischen Verhältnissen in den Herkunftsländern widmen, um den Menschen eine Bleibeperspektive in ihrer Heimat zu bieten.